

gedruckt von
Dorothea Hoff

Zum Seminar "Abgrenzung und Öffnung" am 16. Januar 1988 in
Oranienburg

Es war gar nicht so einfach gewesen, die Bedingungen zur Teilnahme an diesem Seminar zu erfüllen. Eingeladen hatte die Bundessynode alle Verfasser von Eingaben in Sache "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" an die Bundessynode im September 1987. Dazu gehörten z.B. nicht alle Erstunterzeichner der Eingabe, die den Antrag der Bartholomäus-Gemeinde an die Berlin-Brandenburger Synode im April 1987 ~~registriert~~ unterstützte. Erst nach zwei Rückmeldungen konnte man sicher sein, Zugang zu dieser geschlossenen Veranstaltung, die sich Öffnung zum Thema machte, zu bekommen.

~~XX~~

Eine Gruppe des AkSk hatte sich im November einen Nachmittag lang auf das Seminar vorbereitet. Wieder wurde deutlich, wieviele Dimensionen dieses Thema hat, z.B. allein in unserem Bildungssystem. In dem Seminar als Podium von Betroffenen sollte unserer Meinung nach deutlich werden: Unser Anliegen bezeichnet ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Es ist keinesfalls auf die Ost-West-Reiseproblematik einzugrenzen. Wir müssen uns der Verantwortung bewußt sein, die sich daraus ergibt, daß Prinzip und Praxis der Angrenzung viele Menschen existentiell betreffen und daß an deren Auflösung die meisten Teilnehmer interessiert sind.

Das Seminar selbst begann mit 4 Statements, die Anstöße für die Gespräche in den 8 Untergruppen liefern sollten:

Axel Noack als Vertreter der Bundessynode erläuterte deren Position und Begründung für die nur teilweise Aufnahme des Antragsanliegens. Es würde eine Inflation des Begriffes "Absage" befürchtet, der als Absage an die Abschreckung im Bekenntnis zur Friedensfrage schon thematisiert ist. Wir sollten in der uns ~~begrenzende~~ betreffenden Abgrenzung die Folge des geschichtlichen Versagens des deutschen Volkes sehen und uns dem stellen.

klammern
Septem-
24

Eine große Rolle in der Bundessynode spielte die Frage der Zumutbarkeit des Antrags gerade jetzt im Prozeß einer Öffnung. Auch sollten wir uns, solange noch von der "Eigenständigkeit" bestimmter Gruppen in der Kirche die Rede ist, Gedanken darüber machen, wo Abgrenzung innerhalb der Kirche abgebaut werden muß.

Als nächstes kam Ludwig Mehlhorn als Mitinitiator des Antrags zu Wort.

Die Abgrenzung bezeichnet ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, und ist nicht nur Krankheitssymptom Einzelner, die der Seelsorge bedürfen. ~~XX~~ Zu letzterem tendiert die Bundessynode in ihrem Antwortschreiben an die Eingaber.

Aber wir haben zuerst von unserer Verantwortlichkeit für das gesellschaftliche Geschehen und dann erst als existentiell betroffene Ein

zelner ^{zu argumentieren}

L.M. nahm Stellung zur Position der Bundessynode: der Prozeß der Öffnung ist eingegrenzt auf bestimmte Bereiche und läßt andere - z.B. die Frage der Zensur in unserem Lande - aus.

Die Frage ~~hier~~ nach der Zumutbarkeit des Anliegens sollte nicht z u e r s t gestellt werden.

Die Ängste vor einer Inflation des Begriffs "Abgrenzung" sei unnötig weil es darauf ankommt, welcher Sache, Position u.s.w. eine Absage gilt. Solange einer Absage eine Position - hier z.B. die Bereitschaft zum Dialog auch mit unbequemen Partnern - entgegengesetzt wird, ist sie berechtigt.

L.M. schloß mit den Worten: "Wo Mitmenschlichkeit ~~versagt~~ und Solidarität versagen, kann Abgrenzung Fuß fassen. Und Umgekehrt: Abgrenzung funktioniert, wo Mitmenschlichkeit versagt". In diesem Zusammenhang ~~regt er an~~, die Absage an die Abgrenzung zum Gegenstand des konziliaren ^{Weges} ~~Prozesses~~ unserer Kirche zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zu machen.

Das dritte Statement kam von Professor Fink von der Humboldt-Universität als einem Vertreter der CFK-Gruppe, die mit ihren Eingaben eine Diskussion des Antrages auf der Bundessynode verhindern wollte.

Die augenblickliche Weltsituation fordere von uns, daß wir individuelle Ansprüche, wie es der nach Beweitigung der Abgrenzung sei, vor dem Hintergrund globaler Aufgaben artikulieren. Fink grenzte die gesamte Problematik auf das Verhältnis Ost-West ein und verwies auf die Nützlichkeit der Abgrenzung der DDR gegenüber dem nichtsozialistischen System für unsere eigene wirtschaftliche Entwicklung. Zudem ginge die Abgrenzung von der westlichen Seite aus, was in der Nichtanerkennung der DDR deutlich würde.

Das letzte Statement kam von Herrn Dr. Freitag als Eingabenschreiber. Er beschrieb, wie ihn der Antrag "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" betroffen machte, weil er seine eigene Situation beschrieb und ihm ermöglichte, sich ~~hier~~ über diese zu artikulieren. Er zitierte ein von Camus ~~hier~~ formuliertes Grundrecht jedes Menschen: "Ich verlange, daß man mich als Erwachsenen behandelt; daß ^{ich} ~~ist~~ meinen Gedanken Ausdruck geben kann und daß ich angehört werde."

Nach diesen Statements hatte jeder in den Gruppengesprächen Gelegenheit, die Gründe für seine Eingabe zu nennen. Anschließend entschied sich jede Untergruppe für einen Schwerpunkt im Gespräch. Im Brief der Bundessynode ~~ab~~ die Eingabe waren 5 Fragen formuliert worden, die Anstoß zum weiteren Gespräch auch in diesem Seminar sein sollten. Die meisten Gruppen antschieden sich für Frage 4: "Auch innerhalb der

Gesellschaft wird Ausgrenzung erfahren und auch von uns vollzogen. Was muß sich ändern und was können wir dazu beitragen?"

Da wurden innergesellschaftliche Abgrenzungsphänomene genannt . z.B. die durch unsere Schulbildung erzeugte Abgrenzung in unseren eigenen Köpfen. Da wird mündiges Verhalten und dessen Ermöglichung gefordert. Viel diskutiert wurde der Umgang ^{von Vertretern staatlicher Organisations-} mit dem einzelnen Bürger ^{tionen}

Auch wird Abgrenzung immer wieder spürbar, wo wir ein staatliches Gegenüber suchen - es ist so schwer möglich, da überhaupt einen Gesprächspartner zu finden.

Innergesellschaftliche Abgrenzung wurde auch greifbar während der "Gruppengespräche selbst in den verschiedenen Positionen der Antrags-Unterstützer und Antragsgegner aus der CFK.

Zum Schluß des Seminars wurde im Plenum kurz aus jeder Gruppe berichtet. Ein "Ergebnis" des Seminars in Form eines gemeinsamen Schriftstückes o.ä. gab es nicht, es sollte ja hauptsächlich um den weiterführenden Dialog zwischen Bundessynodalen und Eingebenen gehen.

Wie wird es weitergehen mit der Diskussion um die Abgrenzung?

Sie wurde - z.B. in einem der "Zeugnisse der Betroffenheit" - eingebracht in die ökumenische Versammlung zum konziliaren Prozeß in Dresden.

Sie wird in viele Gemeinden getragen.

Bisher befinden wir uns noch hauptsächlich auf der Stufe der Analyse: Wo und in welcher Form bestimmt die Abgrenzung unser Leben? Was macht sie aus uns?

Bisher wurden noch wenige Positionen gefunden: Auf welche Weise können wir zum Abbau der Abgrenzung beitragen? Wie sieht eine Gesellschaft/ eine Kirche ohne Abgrenzung aus? Welchen Weg kann uns für solche Überlegungen die biblische Botschaft weisen?

Der Erste Schritt ist getan. Der zweite Schritt hat auch mit dem Seminar begonnen, mit der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Positionen und dem Beginn gemeinsamer Suche nach Dialogmöglichkeiten.